



Internationaler Versöhnungsbund

Seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg



Veröffentlicht auf *Internationaler Versöhnungsbund* (<https://www.versoehnungsbund.de>)

[Startseite](#) > Iran: Genf-Abkommen - Syrien: Friedenskonferenz am 22.1.2014 - Israel/Palaestina: Weltbank: Palaestina verliert jährlich 3,4 Mrd. Dollar wg. Besatzung

Iran: Genf-Abkommen - Syrien: Friedenskonferenz am 22.1.2014 - Israel/Palaestina: Weltbank: Palaestina verliert jährlich 3,4 Mrd. Dollar wg. Besatzung

Di, 26/11/2013 - 20:54 - Clemens Ronnefeldt

Liebe Friedensinteressierte,

über die Vereinbarung in Genf im iranischen Atomstreit berichtet die Süddeutsche Zeitung in ihrer Ausgabe vom 25.11.2013, S. 2, unter der Überschrift "Neue Horizonte". Wesentliche Fakten sind:

Iran verpflichtet sich im Detail mit Beginn Januar 2014

- zum Stopp der Uran-Anreicherung von mehr als 5%.
- zur Stilllegung der verbunkerten Anreicherungsanlage Fordow.
- zur Verdünnung von rund 200 Kilogramm bereits auf 20% angereichertem Material auf unter 5% oder zur Umwandlung in Uranoxid.
- zum Verzicht auf die weitere Inbetriebnahme, Installation oder Herstellung von Zentrifugen.
- zum Verzicht auf die weitere Anhäufung von Uranvorräten, die zur Anreicherung geeignet sind.

- zum Baustopp des Schwerwasserreaktors in Arak, der nach Fertigstellung Plutonium produzieren könnte.
- zu täglichen Inspektionen der Anreicherungsanlagen in Fordow und Natans durch die Internationale Atomenergiebehörde in Wien.
- zu regelmäßigen Besuchen des Schwerwasserreaktors in Arak.
- zur Lieferung von Informationen zum Reaktor in Arak.
- zur Gewährung des Zugangs zu den Zentrifugen-Produktionsstätten.

Die westlichen Verhandlungspartner verpflichten sich

- zur Freigabe von 4,2 Milliarden US-Dollar an iranischen Guthaben aus Ölverkäufen, die aktuell außerhalb von Iran festliegen.
- zur Aussetzung von Sanktionen für den Handel mit Edelmetallen und den Export petrochemischer Produkte.

Die Sanktionen gegen die iranische Ölindustrie und den Finanzsektor bleiben bestehen. Nach US-Angaben verliert dadurch Iran pro Monat ca. 5 Milliarden US-Dollar.

"Nicht durchsetzen konnte Sarif Irans Forderung, dass die UN-Vetomächte und Deutschland seinem Land explizit ein Recht auf Anreicherung zubilligen. Allerdings enthält die Präambel des Textes eine Formulierung, wonach Iran nach Abschluss eines umfassenden Abkommens 'im gegenseitigen Einvernehmen' in begrenztem Maß und unter Gewährleistung von Transparenz Anreicherung betreiben könne" (SZ, 25.11.2013, S. 2).

Fazit:

Iran friert sein Atomprogramm ein, dafür erhält das Land in den nächsten sechs Monaten Sanktionserleichterungen in Höhe von ca. sieben Milliarden US-Dollar.

Unter der Überschrift "Stete Alarmsirene" berichtet die SZ am 25.11.2013, S.2:

(...) "Netanjahu urteilte, 'die Welt ist gefährlicher geworden, weil das gefährlichste Regime der Welt einen entscheidenden Schritt zum Besitz der gefährlichsten Waffe der Welt machen konnte'".

In einem offenen Brief an Außenminister Guido Westerwelle schreiben die beiden Bundestagsabgeordneten Hans-Josef Fell und Omid Nouripour:

(...)

Die Renewable Energy Organization of Iran (SUNA) untersucht zur Zeit die Potenziale des Irans. Schon hier und jetzt steht es der Weltgemeinschaft offen, dem Iran aktiv anzubieten, dessen Entwicklungswünsche massiv mit Erneuerbaren Energien zu unterstützen. Dafür braucht es nicht einmal einen Beschluss der UNO. Auch einzelne Akteure, wie die EU, ja selbst Staaten wie Deutschland könnten ein solches Angebot machen und beratende sowie logistische Unterstützung für den Ausbau der Erneuerbare Energien oder den Aufbau eigener Fabrikationen anbieten, wenn der Iran im Gegenzug auf sein Atomprogramm verzichtet. Jedenfalls kann ein solches Angebot heute nicht mehr mit dem Argument abgelehnt werden, es sei nicht realisierbar: Eine Vielzahl von Erneuerbare-Energien-Technologien stehen zur Verfügung: vor allem solarthermische Kraftwerke, Geothermie, Windkraft, Kleinwasserkraft, Biogasanlagen, Wellenenergie an den Küsten und inzwischen auch die Fotovoltaik sind in kommerziellem, industriellem Maßstab verfügbar. Sie können schneller und kostengünstiger die Stromausbauwünsche des Iran erfüllen, als die Atomenergie. So sind inzwischen die Stromerzeugungskosten von neuen Windrädern und Fotovoltaikanlagen niedriger als die von neuen Atomkraftanlagen. Das Argument, dass die Entwicklung des Iran nur mit Atomenergie möglich sei, ist falsch und leicht widerlegbar.

(...)

<http://hans-josef-fell.de/content/index.php/presse-mainmenu-49/infobrief...> [1]

Zu Syrien:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-friedenskonferenz-soll-am-2...> [2]

Zu Israel/Palästina:

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/weltbank-bericht-...> [3]

Quellen-Zusammenstellung von Clemens Ronnefeldt:

Zur EU-Politik bezüglich Israel und der besetzten palästinensischen Gebiete:

Der Beschluss der Außenminister der EU-Mitgliedstaaten im EU-Außenministerrat vom 10. Dezember 2012 besagt, "dass im Einklang mit dem Völkerrecht in allen Abkommen zwischen dem Staat Israel und der Europäischen Union unmissverständlich und ausdrücklich erklärt wird, dass sie nicht für die von Israel 1967 besetzten Gebiete, namentlich die Golanhöhen, das Westjordanland einschließlich Ostjerusalems und den Gazastreifen, gelten".

Im englischen Original:

<http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CDQQF...> [4]

Im Amtsblatt der EU wurde am 19.7.2013 veröffentlicht: "Leitlinien über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und ihrer Tätigkeiten in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten im Hinblick auf von der EU finanzierte Zuschüsse, Preisgelder und Finanzinstrumente ab 2014": (...)

"2. Zu den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten zählen die Golanhöhen, der Gazastreifen und das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem. 3. Die EU erkennt Israels Souveränität über die in Punkt 2 genannten Gebiete nicht an und betrachtet sie nicht als Teil des israelischen Staatsgebiets — ungeachtet ihres rechtlichen Status nach israelischem Recht. Die EU hat deutlich gemacht, dass sie keine Veränderungen der vor 1967 bestehenden Grenzen außer denjenigen anerkennt, die von den am Nahost-Friedensprozess beteiligten Parteien vereinbart wurden. Der Rat Auswärtige Angelegenheiten der EU hat betont, wie wichtig die Begrenzung der Anwendung von Abkommen mit Israel auf das von der EU anerkannte Staatsgebiet von Israel ist." (...)

<http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=4&ved=0CEMQF...> [5]

Zu "Israel" führt die EntschlieÙung des EU-Parlamentes vom 23.10.2013 aus:

"83. nimmt die positive Umsetzung des Aktionsplans, der im April 2005 für einen Zeitraum von drei Jahren angenommen und bis Ende 2012 verlängert wurde, durch Israel zur Kenntnis; bedauert die diskriminierende Politik der derzeitigen israelischen Regierung und fordert Maßnahmen zur Verbesserung und Förderung der Rechte von Minderheiten, insbesondere der arabischen Israelis und der Beduinen im Land; fordert zudem die Kommission und den EAD (Europäischer Auswärtiger Dienst, Anm: C. Ronnefeldt) auf, ihre Bemühungen zu verstärken und Projekte mit diesem Ziel weiterzuentwickeln;

84. begrüÙt die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis; hebt seine Unterstützung einer Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit gemeinsam vereinbartem Landtausch und Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten hervor; bekundet seine Missbilligung und mehrfache Verurteilung des verstärkten illegalen Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten und fordert die Regierung Israels auf, Siedlungsaktivitäten einzustellen und alle geplanten Projekte für den Bau neuer Siedlungen zu stoppen; erinnert eindringlich daran, dass der Bau von Siedlungen ein beträchtliches Hindernis sowohl für den Erfolg der Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern als auch für die Durchführbarkeit der Zweistaatenlösung ist; und weist auf die Leitlinien hin, die die EU über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten und ihrer Tätigkeiten im Hinblick auf von der EU finanzierte Zuschüsse, Preisgelder und Finanzinstrumente ab 2014 festgelegt hat;

85. ist besorgt über den Beschluss Israels, den Kontakt zum Menschenrechtsrat abubrechen und sich der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung durch die Vereinten Nationen zu entziehen; fordert Israel auf, das VN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes anzuwenden, Minderjährige als besondere Gruppe anzuerkennen und insbesondere die Rechte der minderjährigen Palästinenser ohne jede Diskriminierung zu achten;

86. fordert Israel trotz der Tatsache, dass die Zahl palästinensischer Häftlinge, die sich in Verwaltungsgewahrsam befinden, im Jahr 2012 zurückgegangen ist, auf, sich weiterhin mit der Frage der Anwendung von Verwaltungsgewahrsam zu befassen und weiter Völkerrechtsstandards für die palästinensischen Gefangenen, insbesondere Frauen und Kinder, sicherzustellen;"

Zu "Palästina" führt die EntschlieÙung des EU-Parlamentes vom 23.10.2013 aus:

"109. fordert die wirksame Umsetzung des neuen Aktionsplans; begrüÙt die Fortschritte der palästinensischen Behörden bei der Umsetzung des derzeitigen Aktionsplans trotz der extrem schwierigen Situation; begrüÙt die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen

Palästinensern und Israelis; betont, dass es keine Alternative zu direkten Verhandlungen zwischen den Parteien gibt, um die Zweistaatenlösung zu erreichen;

110. betont einmal mehr die Notwendigkeit eines innerpalästinensischen Aussöhnungsprozesses, wobei die EU unter der Koordinierung der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin in einer Position sein sollte, diesen Prozess zu fördern und zu erleichtern; fordert die palästinensischen politischen Akteure auf, damit zu beginnen, einen klaren Fahrplan auszuhandeln, in dem möglichst baldige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vorgesehen sind; betont, dass eine echte palästinensische Aussöhnung für erfolgreiche Friedensgespräche zwischen Palästinensern und Israelis entscheidend und für die Stabilität und die allgemeine Tragfähigkeit eines palästinensischen Staates von ausschlaggebender Bedeutung ist;

111. fordert die Kommission und den EAD auf, vorrangig die Bemühungen zur Stärkung der Institutionen, zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit, zur verantwortungsvollen Regierungsführung und zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes sowie Projekte zur Integration von Frauen und jungen Menschen in das wirtschaftliche und politische Leben zu unterstützen;"

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-T...> [6]

Aktuell debattiert wird die Umsetzung der EU-Förderrichtlinien bei der geplanten Beteiligung Israels am zukünftigen Horizon 2020 Forschungsprogramm.

Lesehinweis:

Brüssel droht Israel - mit dem Finger
Die EU-Kommission will den Verstößen gegen das Völkerrecht in Palästina nicht mehr ganz tatenlos zusehen
von Laurence Bernard

in: Le Monde Diplomatique, 8.11.2013

<http://www.monde-diplomatique.de/pm/.aktaus> [7]

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt,
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Quell-URL: <https://www.versoehnungsbund.de/node/522?page=37>

Links

[1] <http://hans-josef-fell.de/content/index.php/presse-mainmenu-49/infobriefe-mainmenu-72/497-infobrief-1112>

[2]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-friedenskonferenz-soll-am-22-januar-2014-in-genf-beginnen-a-935508.htm>

[3]

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/weltbank-bericht-palaestinenser-verlieren-jaehrlich-milliarden-durch-besatzung-12671307.html>

[4]

http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CDQQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.auswaertiges-amt.de%2Fcae%2Fservlet%2Fcontentblob%2F633308%2FpublicationFile%2F175076%2F121210-RSF-Nahost.pdf&ei=JrCTUsXREliVyAOKmoH4DQ&usg=AFQjCNG5M4YItQo5Rn6vltqmCvZrv-_QHw&bvm=bv.56988011,d.bGQ

[5] <http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=4&ved=0CEMQFjAD&url=http%3A%2F%2Feur-lex.europa.eu%2FLexUriServ%2FLexUriServ.do%3Furi%3DOJ%3AC%3A2013%3A205%3A0009%3A0011%3ADE%3APDF&ei=sa6TUseOD8S6ygOvloDgDg&usg=AFQjCNHKtjIIQIsAYeDSO56HbFb79HA&bvm=bv.56988011,d.bGQ>

[6]

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0446+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

[7] <http://www.monde-diplomatique.de/pm/aktaus>